

CHINA UND DIE KOREANISCHE WIEDERVEREINIGUNGSKONTROVERSE

Am 24. Juni erklärte Ministerpräsident Chou En-lai, die chinesische Regierung und das chinesische Volk begrüßten die vom nordkoreanischen Präsidenten Kim Il Sung aufgestellte "neue Linie und den Fünf-Punkte-Vorschlag zur selbständigen und friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes" (1).

China nahm damit abermals zugunsten Nordkoreas in einer Kontroverse Stellung, die gerade am Vortag in aller Schärfe neu entbrannt war.

Am 23.6.1973 nämlich hatte der südkoreanische Präsident Park Chung-Hee erklärt, daß die Republik Korea bereit sei, den Vereinten Nationen gleichzeitig mit dem kommunistischen Nordkorea als Vollmitglied beizutreten. Südkorea werde bei der Debatte der Vereinten Nationen nicht gegen die Teilnahme Nordkoreas stimmen. Außerdem lud er alle Länder, die ideologisch mit Nordkorea verbunden sind, ein, Kontakte mit Südkorea aufzunehmen. Im einzelnen hatte die Erklärung folgenden Wortlaut:

1. "Eine friedliche Vereinigung des Vaterlandes ist unser oberstes Ziel. Um dieses nationale Ziel zu erreichen, werden wir alle unsere Bemühungen verstärkt fortsetzen.
2. Auf der koreanischen Halbinsel soll um jeden Preis der Frieden aufrechterhalten werden. Süd- und Nordkorea sollten sich deshalb jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen enthalten und keinerlei Aggression gegeneinander begehen.
3. Wir sollten fortfahren, uns mit Ernst und Geduld darum zu bemühen, konkrete Ergebnisse im Nord-Süd-Dialog zu erzielen, und zwar im Geiste der gemeinsamen Nord-Süd-Erklärung.
4. Wir sind nicht dagegen, daß Nordkorea mit uns zusammen internationalen Organisationen beitrifft, wenn dies für die Milderung der Spannungen und für eine größere internationale Zusammenarbeit notwendig ist. Falls die Mehrheit der Mitglieder der UNO es so wünscht, wird Südkorea nicht gegen einen gleichzeitigen Beitritt Nordkoreas in die Weltorganisation sein, unter der Bedingung, daß Nordkorea die südkoreanischen Anstrengungen um eine friedliche territoriale Vereinigung nicht behindert.
5. Südkorea wird die Einladung Nordkoreas zu UN-Debatten über die koreanische Frage nicht behindern, falls auch Südkorea daran teilnimmt. Die Republik Korea wird ihre Tür nach allen Seiten hin öffnen, und fordert nach dem Prinzip des gegenseitigen Respekts alle jene Staaten auf, die sich ihrer Ideologie und ihrem sozialen System nach von uns unterscheiden, ihre Türen auch uns zu öffnen.
6. Die Außenpolitik der Republik Korea basiert auf Frieden und Freundschaft mit allen Staaten der Welt, und wir werden die bestehenden guten Beziehungen mit freundschaftlichen Nationen weiter festigen.
7. Ich möchte klarstellen, daß diese Politik eine provisorische Maßnahme ist, die nur so lange wirksam sein soll, bis die territoriale Vereinigung erreicht ist. In der vorliegenden Erklärung darf keine juristische Anerkennung

Nordkoreas erblickt werden (2).

Noch am gleichen Tage wandte sich die "Stimme der Revolutionären Partei für Wiedervereinigung" gegen diese Erklärung, die in Wirklichkeit auf ein Konzept der Zweitstaatlichkeit hinauslaufe.

Gegen eine formelle Aufspaltung Koreas wandte sich auch Kim Il Sung in einer 37minütigen Rede, deren wesentlicher Inhalt in einem Leitartikel der JMJP vom 25.6.73 wiedergegeben wurde. Die Fünf Punkte für die "selbständige und friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes" lauten

- Abbau der militärischen Konfrontation und Spannungen zwischen dem Norden und dem Süden
- Zusammenarbeit und Austausch zwischen Nord und Süd auf politischen, militärischem, diplomatischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet
- Einberufung einer Nationalversammlung bestehend aus Vertretern des Volkes aller Lebensbereiche und Vertretern politischer Parteien sowie gesellschaftlicher Organisationen des Nordens und des Südens. Diese Nationalversammlung solle die Wiedervereinigung des Landes durch Konsultationen lösen.
- Gründung einer Nord- und Süd-Konföderation unter dem gemeinsamen Staatsnamen "Föderative Republik Koryo"
- Gemeinsames Vorgehen des Nordens und des Südens in allen auswärtigen Beziehungen; kein separater UNO-Beitritt. Außerdem sollen die Truppen der USA so bald wie möglich aus Südkorea abziehen, und die "UNO-Kommission für die Vereinigung und Wiederherstellung Koreas" aufgelöst werden.

Weiter führte der nordkoreanische Parteivorsitzende aus: "Unser Volk entwickelt Beziehungen zu allen Ländern, die unserer Republik freundschaftlich im Einklang mit den Prinzipien der Gleichheit und Gegenseitigkeit gegenüberstehen. Aber wir sind gegen alle Manöver, diese Situation auszubeuten und zwei Koreas zu etablieren. Wir bleiben dabei, daß der Norden und der Süden nicht getrennt den Vereinten Nationen beitreten sollten. Wenn wir der UNO beitreten, noch ehe die Wiedervereinigung des Landes hergestellt ist, sollten wir als ein Land beitreten" (3).

Dem Vorschlag einer - auf außenpolitische Aktionen limitierten - Zweistaatlichkeit Koreas, wie er de facto in der Erklärung Park Chung-Hee's liegt, setzt Kim Il Sung also sein Konföderationskonzept entgegen.

Bemerkenswert ist die Erklärung Präsident Parks insofern, als er einerseits fortfährt, die Demokratische Volksrepublik Korea lediglich als "lokale De-facto-Regierung" zu betrachten, also die deutsche Formel für Korea zu verwerfen, andererseits aber zulassen will, daß Nordkorea als selbständiges Mitglied der Weltorganisation beitrifft. Dieses in sich eigentlich unlogische Verhalten läßt sich nur damit erklären, daß Seoul weitere Niederlagen - und damit Gesichtsverluste - in der internationalen Debatte um den Status und die politische Anerkennung Nordkoreas vermei-

den will.

Ohnehin hat Nordkorea in den letzten Jahren immer mehr diplomatische Beziehungen aufnehmen können. Vor allem seit 1968 läßt sich eine ruckartige Zunahme außenpolitischer Kontakte feststellen: Bis dahin hatten folgende Staaten Beziehungen zu Pjöngjang aufgenommen:

1948: Sowjetunion, Mongolei, Polen, CSSR, Ungarn
Rumänien, Bulgarien

1949: Albanien, VR China, DDR

1950: Nordvietnam

1958: Algerien, Guinea

1960: Kuba, Mali

1963: Yemen, Ägypten

1964: Indonesien, Mauretanien, Kongo (Brazzaville)

1965: Tansania

1966: Syrien

1967: Burundi, Somalia

Seitdem sind eine ganze Reihe von neuen Staaten, vor allem solche der Dritten Welt, hinzugekommen:

1968: Irak, Südyemen; außerdem Handelsmissionen im Libanon und in Kuwait

1969: Zambia, Sudan; außerdem Handelsmissionen in der Schweiz, Finnland, Österreich, England und Libyen; konsularische Beziehungen mit Nepal und Singapur

1970: Zentralafrikanische Republik, Ceylon, Äquatorial-Guinea; außerdem ein Informationsbüro in Schweden

1971: Malediven, Jugoslawien, Sierra Leone und Malta; außerdem konsularische Beziehungen mit Mauritius

1972: Kamerun, Ruanda, Chile, Senegal, Obervolta, Pakistan, Zaire, Madagaskar; Informationsbüro in Norwegen

Nachdem nunmehr auch diplomatische Beziehungen mit Malaysia aufgenommen und damit das Tor zu den Ländern Südostasiens aufgestoßen wurde, besteht die Gefahr, daß Seoul mit seinen Bremsversuchen immer mehr in eine Verliererecke gedrängt wird.

Auch seinen engsten Verbündeten gegenüber war Seoul zu einer klaren Stellungnahme verpflichtet. Mit der Erklärung Park Chung-Hee's vom 23.6. ist nunmehr sowohl Tokyo als auch Washington eine große Sorge losgeworden. Geraten sie doch jetzt, nachdem sie für den Beitritt Pjöngjangs stimmen dürfen, nicht mehr - wie noch bei der Abstimmung über die Aufnahme Chinas - in die Gefahr, bei der UNO-Vollversammlung im Herbst überstimmt zu werden.

Ein klares Wort der Regierung in Seoul war auch deshalb nötig geworden, weil die Gespräche über eine Wiedervereinigung Koreas ganz in die Sackgasse geraten zu sein scheinen. Am 4. Juli ist es genau

ein Jahr her, daß die beiden koreanischen Regierungen durch die gleichzeitige Veröffentlichung eines Gemeinsamen 7-Punkte-Kommuniqués vor aller Welt ihren Willen bekundeten, die Vergangenheit zu vergessen und die Wiedervereinigung des Landes in bilateralen Verhandlungen auf friedlichem Wege anzustreben. Seither ist der Dialog freilich nicht einmal auf humanitärer Ebene vorangekommen. Im Juni hat Nordkorea sogar eine alte Praxis aus der Zeit des Kalten Krieges wiederaufgenommen und seine Lautsprecher - entgegen der Julivereinbarung - an der Demarkationslinie erneut gegen Südkorea in Betrieb genommen. Nach wie vor bestehen ja zwei grundverschiedene Vorstellungen über die Wiedervereinigung. Die eine Seite glaubt, wie bereits erwähnt, die Wiedervereinigung sei durch die Schaffung einer Konföderation von Nord- und Südkorea möglich. Seoul andererseits ist der Auffassung, daß nur ein Anschluß Nordkoreas an Südkorea, nicht dagegen ein Zusammenschluß in Form einer Konföderation, akzeptabel sei.

In den letzten Monaten ist ein neuer Faktor im Nord-Süd-Dialog aufgetaucht, der auch für das Verhältnis beider koreanischer Staaten zur Volksrepublik China von Bedeutung werden dürfte: Die Sowjetunion hat nämlich damit begonnen, sich Südkorea anzunähern. Seoul hofft deshalb nicht ganz ohne Grund auf eine Anerkennung durch den Kreml. Die südkoreanische Regierung hat denn auch ihre Bereitschaft erklärt, sowjetischen Schiffen in den Häfen des Landes die Möglichkeit zum Auftanken und zur Reparatur einzuräumen. In diesem Zusammenhang ist in Japan bereits die Besorgnis aufgetreten, daß Seoul den Sowjets auf südkoreanischem Territorium einen Flottenstützpunkt einräumen könnte (4).

Sieht man freilich näher hin, so werden die Grenzen einer solchen Annäherung zwischen Seoul und Moskau schnell sichtbar: Gerät nämlich die Sowjetunion nicht in Gefahr, ihren Einfluß in Pjöngjang an Peking zu verlieren, wenn sie ein für Nordkorea noch tolerierbares Maß der Zusammenarbeit mit Südkorea überschreitet?

Ganz im Gegensatz zu Moskau läßt Peking keine Zweifel an seiner unbedingten Loyalität gegenüber Nordkorea aufkommen. Zum "23. Jahrestag des vaterländischen Befreiungskrieges in Korea" hebt die JMJP (25.6.73) hervor, daß die Bewegung zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas zu einer mächtigen historischen Strömung geworden sei, die niemand mehr aufhalten könne. China sei davon überzeugt, daß das koreanische Volk alle Hindernisse auf seinem Weg vorwärts beseitigen und sich seine geheiligten nationalen Wünsche ohne fremde Einmischung erfüllen wird China und Korea gehören zu ein und derselben Familie. Die Völker unserer beiden Länder haben in den langjährigen Kämpfen gegen die gemeinsamen Feinde mit ihrem Blut eine unverbrüchliche revolutionäre Freundschaft besiegelt. Unsere Freundschaft wird vom Vorsitzenden Mao Tse-tung, dem großem Führer des chinesischen Volkes, und Präsident Kim Il-sung, dem großen Führer des koreanischen Volkes, gehegt und

gepflegt und beruht auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus. Sie hält jeder Prüfung stand. Wie seit jeher wird das chinesische Volk auch in Zukunft zum koreanischen Volk halten. Unsere beiden Völker werden einander unterstützen und Schulter an Schulter vorwärtsschreiten“.

Freundschaftsbeteuerungen dieser Art sind nicht so selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß China und Nordkorea während der Kulturrevolution, vor allem wegen persönlicher Beleidigungen Kim Il-sungs durch Rotgardisten, eine Zeitlang auf gespanntem Fuße miteinander gestanden haben. Seit freilich Chou En-lai im April 1970 der nordkoreanischen Führung einen offiziellen Freundschaftsbesuch abgestattet hat - es war der erste Besuch einer führenden Persönlichkeit seit 1962 (P'eng Chen) - begann sich das Verhältnis wieder zu normalisieren. Der Besuch Chous war damals durch das bekannte Nixon-Sato-Kommuniqué vom November 1969 ausgelöst worden (5), in dem die Sicherheit Taiwans und Südkoreas als "wesentlich" und als "höchst wichtiger Faktor für die eigene Sicherheit Japans" rubriziert waren. Mit diesem Kommuniqué hatten Tokyo und Washington den Wiedervereinigungszielen Nordkoreas und der VRCh de facto eine Absage erteilt. In dieser Situation galt es, eine gemeinsame Strategie gegen den vereinten Angriff der "amerikanischen Imperialisten und der japanischen Militaristen" aufzuziehen. Seit dem Besuch Nixons in Peking, seit der Eröffnung amerikanisch-chinesischer Verbindungsbüros und seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Tokyo und Peking hat sich die Situation freilich gegenüber 1969 wesentlich entschärft. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat Außenminister Ohira angedeutet, daß die bevorstehenden japanisch-amerikanischen Gipfelgespräche (31.7.-1.8. in Washington) die Südkorea- und Taiwan-Klauseln des gemeinsamen japanisch-amerikanischen Kommuniqués von 1969 aufheben würden, ohne daß dies direkt zum Ausdruck kommen sollte (6).

Zumindest von amerikanisch-japanischer Seite stünde der Wiedervereinigung Koreas in eigener Regie damit kein Hindernis mehr entgegen. Einer gemeinsamen nordkoreanisch-chinesischen Kampfstrategie, wie sie 1970 beim Besuch Chous in Pyongyang vereinbart worden war, wäre damit die raison d'être entzogen. Ungeachtet dieser Entwicklung unterstützt China freilich nach wie vor mit voller Intensität die Wiedervereinigungsvorschläge der nordkoreanischen Regierung. Vielleicht denkt Peking hierbei ebenso wie bei seinem Vorgehen gegenüber Hanoi an eine indirekte Ausschaltung des sowjetischen Einflusses, auch wenn Moskau - mit Rücksicht auf Pyongyang - in solchen Erklärungen nie ausdrücklich genannt wird.

Die Engführung der Beziehungen zwischen Peking und Pyongyang kommt nicht nur durch Formeln, wie etwa dem gemeinsamen "Schulter-an-Schulter-Kampf" zum Ausdruck, sondern hat auch in der praktischen Politik konkrete Formen angenommen. Dies wurde besonders deutlich, seit im Juli 1972.

das "Wiedervereinigungskommuniqué" herauskam. Bereits am 4. Juli druckte Hsinhua den vollen Text der gemeinsamen Erklärung von Nord- und Südkorea ab. Die JMJP begrüßte im Leitartikel vom 9. Juli das Dokument als einen guten Anfang. Neben der Bekundung, daß die chinesische Regierung Nordkorea stets in seinem Kampf für die Verwirklichung einer friedlichen Wiedervereinigung des Landes unterstütze, betonte das Blatt: "Die Angelegenheiten jedes einzelnen Landes müssen von seinem eigenen Volk geregelt werden. Eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten durch irgendein Land ist unzulässig".

Auch vor der 27. Vollversammlung der UNO betonte Huang Hua nachdrücklich das Interesse Chinas an der koreanischen Wiedervereinigung (7). Ganz im Sinne Piongyangs hob der chinesische Vertreter hervor, daß die beiden koreanischen Staaten ihre Wiedervereinigung selbst betreiben müßten und daß "ausländische Streitkräfte, die unter der Flagge der UNO segeln" auszuschalten seien. Die "UNO-Kommission für die Vereinigung Koreas" sei nichts anderes als ein "Aggressionswerkzeug der amerikanischen Imperialisten, die die UNO als Aushängeschild benutzten und versuchten, die Wiedervereinigung von Korea zu verhindern und Südkorea auch weiterhin zu okkupieren". Am 7. Oktober 1950 habe die UNO-Vollversammlung, verwirrt von amerikanischen Abstimmungsmanipulationen, die DVR Korea zum Aggressor gestempelt und beschlossen, diesen aus 7 Mitgliedstaaten bestehenden Ausschuß zu bilden. Seit über 20 Jahren nun residiere diese berüchtigte Organisation auf koreanischem Boden, sammle politische, wirtschaftliche und militärische Informationen und verfasse jeweils einen Jahresbericht, der voll von Verunglimpfungen gegen die DVR Korea sei (8).

Die Chinesen sorgten auch dafür, daß Nordkorea zum erstenmal in einer UNO-Organisation Fuß fassen konnte, nämlich bei der UNESCO, deren Generalversammlung vom Oktober bis November 1972 in Paris tagte (9).

Vom 22. bis 25. Dezember 1972 schließlich besuchte Chinas Außenminister Chi P'eng-fei Nordkorea und betonte dabei verschiedene Male die volle Unterstützung Chinas für die "unabhängige und friedliche Wiedervereinigung". Gleichzeitig wiederholte er die Forderung nach Abzug aller amerikanischen Streitkräfte, die in Südkorea "unter dem Aushängeschild der Vereinten Nationen" stationiert seien (10).

Auch sonst ließ China kaum etwas unversucht, Korea seinen guten Willen zu bekunden. U.a. kam es innerhalb der letzten Monate zu einer langen Reihe von Kooperationsabmachungen, z.B.:

- Plan 1973/74 für wissenschaftliche Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften (11)
- Abkommen über gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fischereiwesens (12)
- Abkommen über Austausch von Nachrichtenmaterial (13)
- Protokoll über sino-koreanischen Grenzverkehr (14)

- Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Geologie (15)
- Durchführungsplan für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens 1972/73 (16)
- Abkommen über Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung (17)
- Protokoll über Warenlieferungen für 1973 (18)
- Vereinbarung über gemeinsame Nutzung der Fischbestände im Becken von Shuifeng (19)
- Protokoll über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (20)
- Abkommen über den Verkehr auf den Grenzflüssen (21)

- Abkommen und Protokoll über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit (22)

Die neuerliche, so entschiedene Unterstützung des Fünf-Punkte-Planes vom 23. Juni 1973 ist nichts anderes als eine abermalige Bekundung der unbedingten Gefolgschaftstreue Chinas gegenüber dem nordkoreanischen Partner, der - neben Albanien, Rumänien und Nordvietnam - als einer der ganz wenigen Staaten von China als "sozialistisch" anerkannt und somit nach den Grundsätzen des "Proletarischen Internationalismus" behandelt wird.

Weggel

- 1) PRu 1973 Nr.26, S.5
- 2) Haptong, englisch, 23.6.73, MD Asien, 25.6.73, S.1 f.
- 3) Radio Pyongyang, zitiert in MD Asien, 25.6.73, S.3 f.
- 4) NZZ, 4.7.73
- 5) Text: Japan Times 22.11.69, S.12
- 6) Radio Japan IS, zitiert in MD Asien 16.7.73, S.1 f.
- 7) PRu 1972, Nr.39, S.17-19
- 8) PRu 1972, Nr.39, S.19
- 9) C.a.1972/10 - Ü 30
- 10) NCNA, 25.12.72
- 11) NCNA, 14.11.72

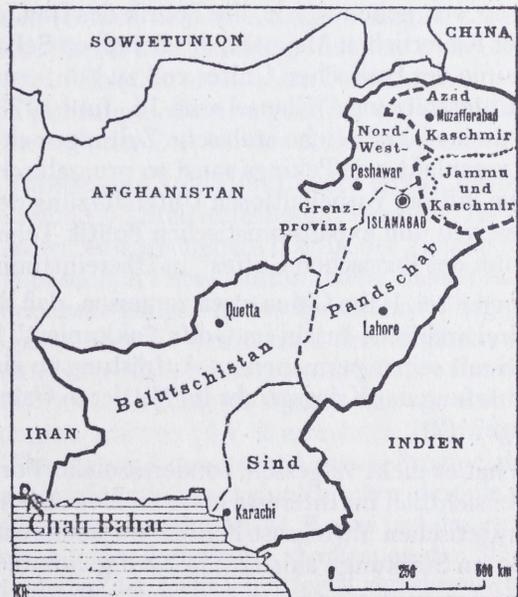
- 12) NCNA, 5.4.72
- 13) NCNA, 20.4.72
- 14) NCNA, 27.9.72
- 15) NCNA, 9.10.72
- 16) NCNA, 7.12.72
- 17) NCNA, 7.12.72
- 18) NCNA, 18.12.72
- 19) NCNA, 19.12.72
- 20) NCNA, 23.12.72
- 21) NCNA, 20.1.73
- 22) NCNA, 18.6.73

CHINAS NEUESTE "CENTO"- POLITIK IM DREIECK AFGHANISTAN - IRAN - PAKISTAN

Fast zwei Wochen hat die VR China verstreichen lassen, ehe sie am 28. Juli die neue afghanische Regierung unter Mohammed Daud, die durch den Staatsstreich vom 17. Juli an die Macht gekommen war, diplomatisch anerkannte.

Diese "Denkpause" war nötig, weil sich im Dreieck Afghanistan-Pakistan-Iran eine Kräftekonstellation herauszukristallisieren beginnt, wie sie delikater kaum gedacht werden könnte: Mit Mohammed Daud ist ein Politiker an die Macht gekommen, der den Pakhtunistan-Konflikt wieder stärker anheizen und damit die indisch-sowjetische Achse in Mittelost indirekt stärken könnte. Kabul will nämlich das Gebiet der ethnisch verwandten 6 Mio. Pakhtunen mindestens autonom, eventuell sogar als Teil Afghanistans, sehen. Gingen irredentistische Wünsche dieser Art in Erfüllung, verlöre Pakistan, das ja bereits durch den Dezember-Krieg von 1971 schwerste territoriale Verluste (Bangla Desh!) hatte hinnehmen müssen, nun auch noch seine gesamte Nordwest-Grenzprovinz sowie Teile Belutschistans.

Peking, das im Streit mit dem von Moskau unterstützten Indien Pakistan als seinen wichtigsten Verbündeten auf dem Subkontinent erkoren hat, muß nun versuchen, alle Register seiner außenpolitischen Möglichkeiten zu ziehen, um eine weitere Schwächung Pakistans zu verhindern.



In dieser heiklen Situation haben die Chinesen zwei ideale Bündnispartner gefunden, die ebenfalls ein Interesse daran haben, daß Pakistan in seiner heutigen Form und Stärke erhalten bleibt, nämlich den Iran, der Pakistan als wichtiges Bollwerk gegen eine direkte sowjetische Verbindung mit Indien betrachtet, und Washington, das durch eine Stärkung Pakistans dem sowjetischen Einfluß in Indien entgegenwirken will.